

Stolz und Trauer

Indien und Pakistan feiern 50 Jahre Unabhängigkeit

Vor fünfzig Jahren entstanden aus dem „Kronjuwel“ des britischen Kolonialreichs die unabhängigen Staaten Indien und Pakistan. Unser Asienmitarbeiter Georg Evers zieht eine vergleichende Bilanz: Die Entwicklung des muslimischen Pakistan ist insgesamt ungünstiger verlaufen, aber auch die sozialen und kulturellen Spannungen in Indien sind nicht zu übersehen.

Im Rückblick auf die vergangenen fünfzig Jahre erscheinen das Ende des britischen Kolonialregimes und die Staatsgründungen von Indien und Pakistan im August 1947 immer noch als ein Jahrhundertereignis. Bis kurz vor der Erklärung der Unabhängigkeit hatte die britische Regierung versucht, die politische Einheit des Subkontinents zu bewahren und die Muslime zur Zustimmung für einen gemeinsamen Staat, der „Union of India“, zu bewegen. Die Muslimliga unter *Mohammed Ali Jinnah* war aber nicht bereit, das Risiko einzugehen, im neuen Staat einer hinduistischen Mehrheit ausgeliefert zu sein.

In nur 36 Tagen hat dann *Cyril John Radcliffe*, Rechtsanwalt und hoher Kolonialbeamter, im Auftrag des letzten Vizekönigs Mountbatten die geographische Teilung des Subkontinents in die Teilstaaten Indien und Pakistan mit seinen zwei Landesteilen ausgetüftelt und auf Karten übertragen. Dabei stützte er sich auf mehr oder weniger genaue statistische Angaben über die Religionszugehörigkeit in den einzelnen Gebieten. Die daraus resultierende Grenzziehung und Aufteilung der Gebiete wurde nie durch ein Referendum bestätigt. Die ersten Wochen nach der Unabhängigkeit ließen für die neuen Staaten wenig Gutes erwarten. Die blutigen Auseinandersetzungen in den heißen Monaten nach der Teilung zeigten vor aller Welt, daß die neue Regelung für Millionen Menschen, für die Hindus in Pakistan und für die in Indien zurückgebliebenen Muslime, den Verlust angestammter Rechte und sehr oft ihrer Heimat bedeutete. Die Teilung des Punjab und von Bengalen zwischen den beiden neuen Staaten zerschnitt jahrhundertealte Bindungen auf kulturellem, wirtschaftlichem und verkehrstechnischem Gebiet, Einschnitte, die bis heute nicht überwunden sind.

Die politische Stabilität Pakistans war immer gefährdet

In Pakistan genießt *Mohammed Ali Jinnah* (1876–1948) als Gründer des Staates und „Großer Führer“ große Verehrung, weil er es geschafft hat, den Muslimen eine „Heimstatt“ zu schaffen. In Indien dagegen ist er immer noch derjenige, der als Führer der Muslim-Liga für die Teilung des Subkontinents verantwortlich zu machen ist. Auf den wirklichen Jinnah treffen wohl beide Wertungen nicht zu. In England als Jurist ausgebildet und lange Jahre dort als Rechtsan-

walt tätig, war Mohammed Ali Jinnah alles andere als ein gläubiger orthodoxer Muslim, sondern eher ein pragmatisch denkender Politiker, der sich anfangs mit *Mahatma Gandhi* anlegte, weil ihm dieser zu viele religiöse Elemente in die Politik hineinzutragen schien. Erst die Erkenntnis, daß die Anliegen der Muslime bei der vorwiegend von Hindus bestimmten Kongreßpartei nicht gut aufgehoben waren, haben ihn dazu bewogen, den Islam zum Kernpunkt seiner Politik zu machen und die These aufzustellen, auf dem Subkontinent lebten zwei Nationen, eine islamische und eine hinduistische. So wurde er zum Befürworter der Errichtung eines islamischen Staates auf indischem Boden, eine Forderung, die sich die Muslimliga mit der Erklärung von Lahore 1940 zu eigen machte.

Verglichen mit der zeitgleich entstandenen Indischen Union war das Schicksal der islamischen Republik Pakistan in den fünfzig Jahren ihrer Existenz von vielen mehr oder weniger großen Katastrophen geprägt. Ihre politische Stabilität wurde regelmäßig durch Militärputschs erschüttert. Aufgrund der ständigen Auseinandersetzungen mit Indien wegen des Kaschmir-Problems oder der Probleme im früheren Ost-Pakistan, dem heutigen Bangladesch, hatten die Streitkräfte de facto immer die Macht in Pakistan in den Händen. Die finanzielle Belastungen, die das ständige Aufrüsten einer für Pakistan viel zu großen Militärmacht mit sich brachte, haben das Land in seiner Entwicklung stark behindert. Der Etat des Militärs, mit mehr als 30 Prozent des Gesamthaushalts der größte Posten, liegt traditionell um ein Mehrfaches über dem des Erziehungs- und Ausbildungsbereichs. Die Folgen sind unübersehbar. Pakistan ist das Land mit dem höchsten Anteil an Analphabeten in der ganzen Region.

Der größte Einschnitt in der Geschichte Pakistans war der Verlust von Ost-Pakistan, das nach blutigen Kämpfen 1971 als Bangladesch seine Unabhängigkeit gewann. Bei dieser schmerzhaften Loslösung des östlichen Teils von Pakistan gab die militärische Unterstützung durch den „Erzfeind“ Indien den Ausschlag. Zum innenpolitischen Fiasko kam so noch die außenpolitische Niederlage, wieder einmal der indischen Militärmacht nicht gewachsen gewesen zu sein. Die Militärdiktatur von General *Zia-ul-Haq* (1977–1988) trieb dann das Land weiter in politische Spannungen und prägt bis heute die Rahmenbedingungen der pakistanischen Politik und Gesellschaft negativ. Die Abrechnung mit dem zivilen Ministerpräsidenten *Ali Zulfikar Bhutto*, den General Zia nach einem

zweifelhaften Gerichtsverfahren wegen Mordes an einem politischen Gegner hinrichten ließ, hat das innenpolitische Klima des Landes lange belastet. Da Zia-ul-Haq in der Bevölkerung wenig Rückhalt besaß, ließ er die Scharia-Gesetzgebung im Lande einführen, um sich durch Anbiederung bei den islamischen Führern, den wenig gebildeten, aber oft sehr radikalen „Mawlis“, Unterstützung zu verschaffen.

Die während des Regimes Zia-ul-Haqs vorgenommenen Änderungen des Strafgesetzes, die die harten Strafen der Scharia-Gesetzgebung wie Handamputationen bei Diebstahl und körperliche Züchtungen wieder einführten, haben vor allem mit der Verschärfung des Anti-Blasphemie-Gesetzes – obligatorische Todesstrafe für Beleidigung des Ansehens des Propheten Muhammads oder Verunglimpfung des Korans – zur *Diskriminierung religiöser Minderheiten* geführt. Im In- und Ausland hat das Ansehen Pakistans durch zweifelhafte Gerichtsverfahren oder offene Lynchjustiz unter Berufung auf die Anti-Blasphemie-Gesetze stark gelitten. Die wohl bewußt unklar formulierten Gesetzesbestimmungen erlauben es, daß persönliche Auseinandersetzungen um Besitz oder bestimmte Posten durch Anschuldigung wegen Gotteslästerung, gegen die sich zu verteidigen oft so gut wie unmöglich ist, betrieben werden.

Aber auch innerhalb der islamischen Bevölkerung gibt es harte Auseinandersetzungen zwischen der mehrheitlich vertretenen Gruppe der Sunniten und den Schiiten. Immer wieder wird von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Gruppen berichtet. Allein in diesem Jahr sind bei diesen innerislamischen Auseinandersetzungen schon über 200 Menschen ermordet worden. Bei Angriffen gegen Christen oder andere religiöse Minderheiten in Pakistan ist dies immer mitzubedenken, weil eine allgemein verbreitete Neigung zur Gewalt in religiösen und ideologischen Auseinandersetzungen herrscht, weniger eine gezielte Verfolgungspolitik gegen bestimmte religiöse Gruppen. Die Gewalt gegen Christen, wie sie sich jetzt wieder im Frühjahr 1997 in Khanewal-Shantinagar entladen hat, verliert damit zwar nichts von ihrer Unrechtmäßigkeit und Bedrohung, wird aber als Teil eines größeren Phänomens eher verständlich. Vorwand für die Ausschreitungen war die angebliche Entweihung des Korans durch einen Christen, die niemals bewiesen und selbst von vielen Muslimen bezweifelt wurde. Viel wahrscheinlicher ist die Version, daß die Gewalt von der Polizei des Distrikts selber ausging.

Der Wechsel von der Regierung *Benazir Bhutto* zum „alten-neuen“ Ministerpräsidenten *Nawaz Sharif* im Februar 1997 war begleitet von der Ankündigung einer grundlegenden Reform der politischen Strukturen. Die geringe Beteiligung an den Parlamentswahlen hatte schon deutlich gemacht, daß weite Teile der Bevölkerung mit der politischen Klasse des Landes unzufrieden waren und von ihr kaum noch eine grundlegende Besserung der politischen Verhältnisse erwarteten. Die wenigen positiven Signale der neuen Regierung vornehmlich in der Wirtschaftspolitik sind inzwischen schon wieder verpufft. Das Vorhaben, durch eine im April 1997

vom Parlament verabschiedete Verfassungsänderung dem Präsidenten die Vollmacht zu nehmen, die Regierung jederzeit abzulösen, wurde viel beachtet. Bisher hatten die Militärs diese Klausel benutzt, um ihnen mißliebige Regierungen durch Druck auf den Präsidenten aus dem Amt zu jagen. Es bleibt aber abzuwarten, ob die Streitkräfte diese Beschneidung ihrer Macht hinnehmen und sich der politischen Führung unterordnen werden.

Nawaz Sharif scheint denn auch nicht über ein umfassendes Konzept zu verfügen, das Problem der sektiererischen Gewalt in den Griff zu bekommen und die öffentliche Ordnung sicherzustellen. Vor allem in Karachi ist der gewalttätige Kampf der Muhajr-Qaumi-Bewegung (MQM) wieder aufgebrochen und die Zahl der täglichen Opfer liegt fast wieder auf dem Stand, den er unter Benazir Bhutto erreicht hatte. Auch der Kampf zwischen Sunniten und Schiiten geht unvermindert weiter. Eine besondere Gefährdung geht von islamischen Fundamentalisten aus: Die muslimische Partei Jamaat-e-Islam hat geschworen, die Regierung Sharif noch vor Jahresende zu Fall zu bringen. Bei ihrer geringen parlamentarischen Stärke ist dies auf demokratischen Wegen sicher nicht zu erreichen.

In Indien versuchte man es mit der Planwirtschaft

Die Entscheidung der ersten indischen Regierung unter *Jawaharalal Nehru* (*1889, von 1947 bis zu seinem Tod 1964 Ministerpräsident), das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik auf den Aufbau einer *Schwerindustrie* zu legen und eine sozialistische *Planwirtschaft* zu verwirklichen, hatte weitreichende Konsequenzen für die Entwicklung des Landes. Das Stahlwerk von Rourkela, das mit starker deutscher Unterstützung aufgebaut wurde, steht für diese Linie. Die Grenzen des planwirtschaftlichen Modells wurden in Indien zwar relativ bald deutlich, die Zwänge der Politik angesichts der Blockbildungen des Kalten Krieges verhinderten aber lange eine längst überfällige Korrektur.

Indien gehörte zu den führenden Vertretern der blockfreien Staaten. Nehru war einer der Begründer dieser nach der Konferenz in Bandung 1955 entstandenen losen Vereinigung von Staaten vornehmlich der Dritten Welt, die zwischen den großen Blöcken von Ost und West eine unabhängige Politik zu gestalten versuchten. Angesichts der Bedrohung durch die VR China, die 1962 militärisch in Ladakh einfiel und der Spannungen mit Pakistan wandte sich Indien unter faktischer Aufgabe seiner Bündnisfreiheit der Sowjetunion zu. In der Folge war Indien bis zum Ende des Kalten Krieges eng mit der sowjetischen Politik verbunden und von russischen Militärlieferungen und politischer Unterstützung abhängig. Dieser Einfluß läßt sich bis in die Wirtschaftspolitik Indiens verfolgen, die sich lange Jahre hindurch am sowjetischen Modell orientierte. Eine Umstellung brachte erst die 1991 ins Amt gekommene Regierung von Ministerpräsident *Narasimha Rao*. Unter dem Schlagwort „Reformen mit einem

menschlichen Gesicht“ war es vor allem der damalige Finanzminister *Mammohan Singh*, der den Umstrukturierungsprozeß der indischen Wirtschaft vom sozialistischen Modell einer Planwirtschaft zur liberalen Wirtschaftspolitik betrieb. Die Erfolge der „New Industrial Policy“ mit Deregulierung der Wirtschaft und Öffnung des indischen Marktes für den Welthandel sind statistisch gesehen beeindruckend. Die Inflationsrate konnte von 17 auf 4 Prozent (Stand 1996) gesenkt werden, während die Wachstumsrate von 1 Prozent auf 7 Prozent gesteigert werden konnte. Besonders große Erfolge waren auf dem Sektor der Software-Industrie zu verzeichnen. Die um die Stadt Bangalore im Teilstaat Karnataka konzentrierte Computerindustrie erreichte Wachstumsraten von 50 Prozent.

Auf der anderen Seite arbeiten viele Staatsbetriebe weiterhin mit Defiziten. Die Verteilung des neugewonnenen Reichtums ist bisher sehr ungleich. Die zur Mittelschicht zählenden ca. 15 Prozent der indischen Bevölkerung konnte ihren Lebensstandard erhöhen, während der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Inder immer noch bei 30 Prozent liegt. Bei der Feier des 25jährigen Bestehens der indischen Union betrug dieser Anteil 1972 allerdings noch 50 Prozent, so daß auch hier ein relativer Erfolg sichtbar wird. Der für eine Planwirtschaft notwendige starke Zentralstaat hat die Entwicklung Indiens in vieler Hinsicht eher behindert denn gefördert. Die von der Bürokratie für das gesamte Land geplanten Entwicklungsmaßnahmen waren meist zu wenig auf die konkreten Gegebenheiten einer bestimmten Region konzipiert, als daß sie hätten erfolgreich greifen können. Über Jahre hinweg gingen Fördermittel in Großprojekte, die wenig für die eigentlich Bedürftigen vor Ort erbrachten. Im Rückblick auf die verschiedenen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung seitens des Staates wird kritisch angemerkt, daß nur 10 Prozent der Mittel an die Armen und Bedürftigen als die eigentlichen Empfänger gelangt sind, während die übrigen 90 Prozent unterwegs bei den organisierenden und verwaltenden Instanzen „hängen“ blieben. Besondere Defizite weist das allgemeine indische *Schulsystem* auf. Zwar gibt es für die Mittelschicht gute Schulen und Universitäten. Die allgemeine Schulpflicht ist aber auch nach 50 Jahren der Unabhängigkeit noch nicht verbindlich eingeführt. Im Vergleich zu anderen asiatischen Staaten liegt der finanzielle Aufwand für den Bildungssektor mit neun Dollar pro Kopf in Indien sehr niedrig und behindert eine an sich mögliche positive Entwicklung.

Relativ erfolgreich war die *Landwirtschaftspolitik* Indiens in den vergangenen Jahrzehnten. Bis in die 60er Jahre hinein wurde versucht, die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen auszuweiten. Danach wurde in der sog. „Grünen Revolution“ die Produktivität der genutzten Flächen durch künstliche Bewässerung, bessere Düngung und Verbesserung des Saatguts sowie den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gesteigert. In der ausländischen Presse hat das Bild der armen und hungernden Inder sich einen festen Platz erobert. Dabei wird oft übersehen, daß Indiens Landwirtschaft trotz einer

Bevölkerung, die sich in fünfzig Jahren fast verdreifacht hat, heute einen Überschuß erzeugt, der im Prinzip ausreichen müßte, die gesamte Bevölkerung zu ernähren.

Daß viele Arme aber de facto hungern und keinen Zugriff auf die für ihr Leben notwendigen Nahrungsmittel haben, ist daher ein soziales und kein strukturelles Problem des Standorts Indiens. Die vielen unausgebildeten arbeitslosen Menschen stellen eine soziale Herausforderung dar, die nur gemeinsam von allen Kräften der Gesellschaft und bei einem echten Bemühen um Abbau des Kastensystems überwunden werden könnte. Ganz dringend wäre eine grundlegende Landreform, verbunden mit einem Abbau der alten Strukturen des Großgrundbesitzes.

Trotz aller Skandale eine funktionierende Demokratie

Wenn man Indien mit seinen gegenwärtig gut 900 Millionen Menschen mit einem anderen Land vergleichen will, drängt sich geradezu die Volksrepublik China auf, die mit 1,2 Milliarden Menschen zahlenmäßig noch etwas größer, aber von der Geschichte, der Kultur und der geopolitischen Bedeutung am ehesten vergleichbar ist. Erreichte Indien 1947 seine Unabhängigkeit, so erfolgte die Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949. Im Rückblick ist es eigentlich erstaunlich, daß Indien, die größte Demokratie der Welt, in der entwicklungspolitischen Diskussion weniger Aufmerksamkeit fand und vor allem die schlechtere Presse hatte als die Volksrepublik China. Nach dem Abtreten der Gründergestalten Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru hatte Indien über längere Zeit nur wenig international beachtete Politiker, während in der VR China *Mao Zedong* und *Zhou Enlai* in der Welt über Jahrzehnte hinweg stark beachtet und angesehen waren. Trotz der oft erratischen Politik des „Großen Sprungs vorwärts“, der Hungersnöte und des Chaos der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ wurden die politischen Ideen Mao Zedongs von der politischen Linken, aber nicht nur von ihr, als am ehesten für eine eigenständige Entwicklung der Staaten der Dritten Welt hilfreich angesehen.

Dabei läßt sich nicht leugnen, daß aufs Ganze gesehen das indische Modell – trotz aller Schwierigkeiten, Pannen und Bestechungsskandalen – politisch, kulturell und wirtschaftlich erfolgreicher war als das chinesische Gegenstück. In Indien hat die Demokratie trotz mancher Belastung und Skandalen funktioniert. Das Militär hat in Indien zwar eine Reihe von Kriegen mit dem ständigen Rivalen Pakistan ausgefochten, aber selber nie durch einen Putsch oder dergleichen die Politik selber aktiv zu gestalten versucht. Das von den Engländern übernommene System des „civil service“ hat sich im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern als relativ effizient erwiesen. Auch das Justizwesen hat im wesentlichen als unabhängige dritte Gewalt funktioniert.

Es gibt also einiges zu feiern im 50. Jahr der indischen Unabhängigkeit. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille: An

erster Stelle ist als negativer Faktor sicher zu nennen, daß Indien zwar viermal soviel ausgebildete Akademiker wie die Volksrepublik China aufweist, die Analphabetisierungsrate aber immer noch bei 50 Prozent der Bevölkerung liegt. Die Abschaffung des Kastensystems ist nicht gelungen und wurde auch wohl gar nicht ernsthaft in Angriff genommen. Es gibt zwar in der Verfassung verankerte Bestimmungen zugunsten der Kastenlosen, den früheren „Pariah“, von Mahatma Gandhi euphemistisch „Harijan“ (Kinder Gottes) genannt, die sich selber zutreffender „Dalit“ (Ge- oder Zerbrochene) nennen. Aber im wesentlichen sind die alten Trennmauern unverändert in Kraft geblieben.

Auch die Diskriminierung der Frau hat eher zugenommen, wie z. B. aus der demographischen Tatsache deutlich wird, daß auf 1000 Jungen in Indien nur 927 Mädchen kommen, eine Zahl, die nur durch gezielte Manipulationen wie z. B. Abtreibungen von Mädchen zu erklären ist. Das traurige Kapitel der Frauen, die wegen zu geringer Mitgift oder aus anderen Gründen durch manipulierte Unfälle im Haushalt ihr Leben verlieren, belegt ebenfalls das Faktum einer andauernden Diskriminierung. Schließlich hat Indien auch durch industrielle Großprojekte und andere die Umwelt gefährdende Praktiken Raubbau an der Natur getrieben, der sich in der Zunahme von Naturkatastrophen rächt.

Nach seinem Tod wurde Mahatma Gandhi (1869–1948) im Bewußtsein der meisten Inder zu einer Art Heiligengestalt, der man sich in Ehrfurcht erinnert, dessen Denkmäler man überall im Land sieht, der von Politikern und anderen Führern des Landes gerne als moralische Autorität zitiert wird, aber in seinen oft unbequemen ethischen Forderungen eher unbeliebt und letztlich vergessen ist. Mahatma Gandhi ist zu einer Figur geworden, auf die sich viele gerne beziehen, die modellhaft für das mythologische „Ewige Indien“, d. h. für alles Gute und Bewahrenswerte in der indischen Kultur und im indischen Weltbild steht, die aber immer mehr an konkreten Zügen verliert, je weiter die Entwicklung der Modernisierung des Landes fortschreitet. Seine Vorstellungen über eine typisch indische Entwicklung werden von seinen immer noch recht zahlreichen Verehrern gebetsmühlenartig wiederholt, aber es fehlt ihnen schon lange die lebendige Überzeugungskraft.

Lebendig sind einige der Grundeinsichten Gandhis dagegen in Kreisen der indischen Umweltschützer. Die von *Sunderlal Bahuguna* und *Chandi Prasad Bhatt* ins Leben gerufene „Chipko-Bewegung“, eine Gruppe vornehmlich von Frauen, die von Abholzung bedrohte Bäume durch demonstratives „Umarmen“ zu schützen versuchen, beruft sich auf den Mahatma für einige ihrer Grundüberzeugungen. Auch *Baba Amte* und *Medha Patkar*, die sich gegen die Umwelt gefährdende Mega-Staudämme zur Wehr setzen, verstehen sich als Anhänger Gandhis.

Es gibt aber auch eine langsam wachsende Gruppe von Indern aus den Kreisen der Dalit, die Gandhis Position in der Kastenfrage kritisch bewerten und sich heftig gegen die Vergötterung des Mahatma wenden, dem sie vorwerfen, mit seiner vielleicht gut gemeinten Bezeichnung der Kastenlosen

als „Harijan“ diesen nicht nur nicht geholfen, sondern vielmehr versucht zu haben, ihr Schicksal zu verewigen. Ihr Held und Vorbild ist der aus ihren eigenen Reihen stammende *Bhimrao R. Ambedkar* (1891–1956), der anders als und in direkter Auseinandersetzung mit Gandhi wesentlich konkretere Schritte zur Veränderung der Existenzsituation der Dalit versucht hat. Als erster Justizminister und Vater der Verfassung wollte der Jurist Ambedkar die Aufhebung aller Kasten in die indische Verfassung einbringen, scheiterte aber an Gandhi, der ein „Fasten bis zum Tode“ ankündigte, um dies zu verhindern. Gandhi wollte die Kastenlosen innerhalb des Hinduismus halten, wobei ihnen die Vorstellung, „Harijan“ bzw. „Kinder Gottes“ zu sein, helfen sollte, ihr Karma positiv anzunehmen und aufzuarbeiten. Ambedkar dagegen war sich ohne jeden Zweifel bewußt, daß es innerhalb des Welt- und Menschenbilds des Hinduismus für die Kastenlosen keine Zukunft geben könne. Er selber konvertierte daher mit Tausenden seiner Anhänger zum Buddhismus, weil er hier am ehesten die Gleichheit aller Menschen verwirklicht sah.

Die sich in jüngerer Zeit immer stärker zu Wort meldenden Dalit setzen die Gedanken Ambedkars für ihren Kampf ein. Einige ihrer entschiedenen Vertreter sprechen pointiert davon, daß Gandhi seinen Einfluß im 20. Jahrhundert gehabt habe. Das 21. Jahrhundert dagegen werde Ambedkar gehören. Die im Juli 1997 erfolgte Wahl von *Raman Narayanan* zum neuen Staatspräsidenten Indiens fand im In- und Ausland größere Beachtung, als sie dem eher zeremoniellen Amt normalerweise zukommt, weil mit Narayan erstmals ein Dalit, d. h. ein Vertreter der Kastenlosen in das höchste Staatsamt gelangt ist. In christlichen Kreisen wurde ferner mit Aufmerksamkeit registriert, daß die Frau des neu-gewählten Präsidenten Christin ist.

Religiöser Pluralismus und hinduistische Ansprüche

Anders als Pakistan, das sich von seiner Gründungsidee her auf den Islam als zentrale Staatsideologie stützte, hat Indien unter der Führung von Jawaharlal Nehru versucht, die kulturelle und religiöse Vielfalt des Landes in einer säkularen Staatlichkeit, verbunden mit der Übernahme der parlamentarischen Demokratie, zur Entfaltung zu bringen. Als Grundstein der indischen Verfassung von 1950 wurde die Gleichheit aller vor dem Gesetz, unabhängig von Kaste, Religion, Sprache und Rasse, verankert. Damit wurde immerhin verhindert, daß die radikalen Hindus die Verwirklichung ihrer zentralen Idee der „Hindutva“, verbunden mit dem Aufbau eines rein hinduistischen Staates, durchsetzen könnten. Das weiterreichende Ziel, die Kastenordnung grundsätzlich aufzubrechen oder gar abzuschaffen, wurde dagegen bis heute nicht erreicht.

In Indien stellen die *Hindus* mit 80 Prozent Anteil an der Bevölkerung die größte Glaubensgemeinschaft. Da große Teile

der Stammesbevölkerung (Adivasi) von den Hindus ihrer Glaubensgemeinschaft zugeschlagen werden, kann die Genauigkeit der statistischen Angaben über die Zugehörigkeit zum Hinduismus mit Fug und Recht angezweifelt werden. Verlässlicher sind Zahlenangaben für die übrigen Glaubensgemeinschaften. Nach den Hindus sind die *Muslims* mit ca. 110 Millionen oder einem Anteil von 11 Prozent der Bevölkerung die größte Religionsgemeinschaft. Die gut 20 Millionen *Christen* machen nur 2,6 Prozent der Bevölkerung aus. Der Anteil der *Buddhisten* liegt in ihrem Ursprungsland – trotz der Bekehrungsbewegung unter den Dalit – bei 0,7 Prozent, die der *Jains* bei 0,5 Prozent.

Das Bemühen des politisch agierenden Hinduismus geht dahin, die im Hinduismus liegenden inklusivistischen Tendenzen – jeder Inder ist demnach als Inder ursprünglich und eigentlich ein „Hindu“ – politisch zu instrumentalisieren, um aus Indien endlich einen hinduistischen Staat zu machen. Führend bei diesen Bestrebungen ist die rechtsradikale Gruppe „Rashtriya Svayamsevak Sangh“, besser bekannt unter ihrem Kürzel „RSS“, die diese Ziele gegen die anderen Religionen in Indien auch mit Gewalt durchsetzen möchte. Ähnlich, aber stärker international ausgerichtet ist der Verband der „Vishva Hindu Parishad“ (VHP), der „World Hindu Convention“, die auch viele Mitglieder im Ausland hat. Das Ausmaß der potentiellen Gefährdung durch diese Gruppe wurde durch die Zerstörung des hinduistischen Tempels in Ayodhya im Dezember 1992 deutlich. Das säkulare Staatsmodell der Gründerväter der indischen Union ist durch diese radikalen Hindu-Gruppierungen gefährdet. Die Zerstörung des Tempels von Ayodhya führte in Indien zu einer Neubesinnung, die zwar den mit dem Kommunalismus verbundenen Spaltungstendenzen nicht von einem Tag auf den anderen ihre Macht nahm, die verantwortlichen Politiker, Meinungsmacher und Intellektuelle aber wachrüttelte, für die Ideale eines religiös pluralistischen Indiens zu kämpfen.

Die Kirchen feiern mit und erinnern gleichzeitig an die Defizite

Wie alle gesellschaftlich bedeutenden Gruppen fühlen sich auch die christlichen Kirchen in Indien und Pakistan dazu herausgefordert, das 50jährige Jubiläum der staatlichen Unabhängigkeit mit eigenen Erklärungen und Feierlichkeiten zu begehen. Soweit dies im Vorfeld des eigentlichen Gedenktages, dem 15. August, schon geschehen ist, läßt sich beobachten, daß die Kirchen mit Dankbarkeit und Freude der Erreichung der staatlichen Unabhängigkeit gedenken. Die katholische Kirche Indiens hat in dem zeitlichen Zusammenfall des Datums der Unabhängigkeit mit dem Fest Mariä Himmelfahrt mehr als nur einen Zufall sehen wollen. Dies fand seinen Ausdruck darin, daß die Bischöfe Indiens die in den Himmel aufgenommene Gottesmutter im Jahr nach der Unabhängigkeit zur Patronin Indiens erklärten.

Neben dem Einstimmen in den Jubel über das Erreichte gibt

es aber auch kritische Wortmeldungen aus den Reihen der Kirche. Vor allem Gruppen, die sich für soziale Gerechtigkeit, Erhaltung der Umwelt und menschenwürdige Entwicklung einsetzen, benennen Defizite, die in 50 Jahren staatlicher Eigenständigkeit nicht ausgeräumt werden konnten.

So hat die nationale Konferenz indischer Priester zu Anfang 1997 bei ihrer Generalversammlung einen Aufruf veröffentlicht, in der sie den Aufbau von „authentisch indischen Kirchen“ fordert. Zugleich geht sie mit den Kirchen ins Gericht, die sich in ihrem sterilen Streit über die Frage der Riten mehr mit ihrer Vergangenheit als mit Gegenwart und Zukunft der indischen Gesellschaft befassen. Damit weisen sie auf den Skandal hin, daß die indischen Kirchen mit ihrer Fixiertheit auf die Riten ihre prophetische Sendung verraten, verändernd in der Gesellschaft wirken zu können. Die fortwährenden Streitigkeiten über Fragen der Liturgie und der Kirchenordnung zwischen und innerhalb der syro-malabari-schen und syro-malankarischen Kirchen auf der einen und der „lateinischen“ Kirche auf der anderen Seite sind für Außenstehende immer weniger nachzuvollziehen, geschweige denn zu verstehen. Gerade angesichts des nationalen Jubiläums wirkt die ekklesiale Introvertiertheit der indischen Kirchen besonders peinlich und selbstzerstörerisch.

Für die christlichen Kirchen in Indien und Pakistan ist das Jubiläum der Unabhängigkeit aber in erster Linie Anlaß, sich als Minderheitengruppen auf ihre Haltung zu Staat und Gesellschaft und der jüngeren Geschichte zu besinnen. In Pakistan hat die katholische Kirche eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie arbeitet an einer Dokumentation, die belegen soll, daß bei der Entstehung des Staates auch Christen positiv beteiligt waren. Gegenüber islamischen Bestrebungen, die Christen als fremde und national nicht zuverlässige Gruppe darzustellen und zu diskriminieren, soll nachgewiesen werden, daß sich die Christen als gleichberechtigte Bürger in diesem vorwiegend islamischen Staat verstehen und als solche auch geachtet werden wollen. Die Bemühungen, nicht länger nur über ein eingeschränktes Wahlrecht zur Wahl nur von Abgeordneten der eigenen Glaubenszugehörigkeit zu verfügen, hatten immer noch nicht den gewünschten Erfolg.

Innerhalb der protestantischen Gemeinschaft Indiens wird mit der Erinnerung an die Schaffung der Kirchenvereinigung der Kirche Südindiens (Church of South India) ein eigenes Goldenes Jubiläum gefeiert. Die Feierlichkeiten sollen sich über ein ganzes Jahr erstrecken und am 27. September enden, in Erinnerung an das eigentliche Gründungsdatum der CSI, den 27. September 1947. Die Kirche Südindiens ist mit 2,8 Millionen Gläubigen die größte protestantische Glaubensgemeinschaft. Hervorgegangen ist sie aus dem Zusammenschluß von Anglikanern, Methodisten und Presbyterianern sowie einigen Missionskirchen, u. a. der Basler Missionskirche. Über Indien hinaus hat dieser Zusammenschluß von Kirchen ökumenische Beachtung gefunden und als Vorbild für andere Kirchenunionen gedient.

Die katholische Kirche in Indien hat in den vergangenen 50

Jahren große Wandlungen durchgemacht. Schon bald nach der Erlangung der politischen Unabhängigkeit schränkte die indische Regierung den Zuzug ausländischer Missionare in das Land zunächst ein und machte ihn dann so gut wie unmöglich. Diese administrative Maßnahme wurde zunächst von der Kirche bedauert, sie hat sich aber im Laufe der Zeit als für die Entwicklung einer einheimischen indischen Ortskirche letztlich günstig erwiesen. Die positiven Entwicklungen bei der Ausbildung eines einheimischen Klerus und einer kontextuellen indischen Theologie haben die indische Kirche zu einer der wichtigsten Kirchen in Asien und zum Motor in der Vereinigung asiatischer Bischofskonferenzen (FABC) werden lassen.

Die Umsetzung der Anstöße des Zweiten Vatikanischen Konzils wurde in Indien auf vorbildliche Weise durch nationale Seminare und viele andere Formen der Weiterbildung unternommen. Das Nationale Biblische, Katechetische und Liturgische Institut (NBCLC) in Bangalore hat hier unter der Leitung des leider früh gestorbenen *D. S. Amalorpavadass* einen hervorragenden Beitrag geleistet. Für die Kirchen in Asien waren die theologischen Anstöße indischer Theologen auf dem Gebiet der Inkulturation und der Theologie der Religionen sowie des interreligiösen Dialogs von wegweisender Bedeutung.

Gegenwärtig läßt sich in der indischen Theologie eine bedeutsame Umstrukturierung beobachten. Hatten Theologen, die sich um die Entwicklung einer inkulturierten Theologie bemühten, sich bisher vorrangig an der brahmanischen indischen Hochkultur orientiert, so bemüht sich die wachsende Zahl der *Dalit-Theologen* darum, Anstöße für die theologische Reflexion von den Armen und Unterdrückten

aufzugreifen. Im Vorfeld der für nächstes Jahr geplanten Bischofssynode für Asien haben römische Instanzen in jüngerer Zeit Kritik an einigen der indischen theologischen Entwicklungen geäußert und die indischen Bischöfe zur Wachsamkeit ermahnt (vgl. HK, Januar 1997, 14 ff.). Es bleibt abzuwarten, inwieweit die lebendige theologische Arbeit innerhalb der indischen Kirche sich positiv auf die Überlegungen der Asiatischen Synode und darüber hinaus für die gesamte katholische Kirche auswirken können.

Angesichts der Jahrtausendealten Geschichte des Subkontinents, der das Entstehen und Vergehen einer Vielzahl großer Kulturen und Staaten erlebt hat, nehmen sich die 50 Jahre seit der Unabhängigkeit und Teilung immer noch eher als eine Episode denn als ein Zeitalter aus. Die vergangenen Jahre haben zur Klärung einiger zum Zeitpunkt der Teilung 1947 offener Fragen beigetragen. So war das Selbständigwerden von Bangladesch sicher ein Beitrag zur Konsolidierung der Lage. Für das leidige Problem Kaschmir steht eine Regelung dagegen noch aus, auch wenn sie erstmals nähergerückt scheint.

Im Vergleich zwischen den beiden aus der Teilung des Subkontinents zunächst hervorgegangenen Ländern scheint Indien insgesamt die glücklichere und erfolgreichere Entwicklung durchgemacht zu haben. Pakistan bietet nach wie vor das Bild eines Landes, das noch nicht zur Ruhe gekommen ist, dessen Bevölkerung den Schritt zu einer einheitlichen Nation noch nicht getan hat. Bei aller Verschiedenheit und Vielfalt vermittelt Indien trotz der mehrfach größeren Bevölkerung eher den Eindruck, es geschafft zu haben, bei den Menschen das Gefühl entwickelt zu haben, in der Gemeinschaft einer Nation zu leben.

Georg Evers

Kurzinformationen

Kritik am Kirchenasyl zurückgewiesen

Die Anfang Juni veröffentlichte Gemeinsame Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht hat insgesamt gesehen nur ein geringes Echo in der (Medien-) Öffentlichkeit gefunden (vgl. HK, August 1997, 383 f.). Die größte Aufmerksamkeit von politischer Seite fanden Äußerungen zum sogenannten *Kirchenasyl* in der Erklärung. Vor allem Stimmen aus den Regierungsparteien, darunter auch

Bundesjustizminister *Edzard Schmidt-Jorzig*, nahmen das Wort zum Anlaß, die Kirchen wegen des Kirchenasyls zu schelten und sie vor einer eigenständigen Auslegung des Asylrechts zu warnen. Diese Kritik griff nun der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof *Karl Lehmann* in einem Beitrag für die Mainzer Bistumszeitung auf (3.8.97). Neben einer Reihe von Kommentatoren, die den Sinn der Erklärung gut vermittelt hätten, habe es auch die Tendenz gegeben, den Text für vorgegebene Positionen parteilich in Dienst zu nehmen. Mancher gerade aus dem Bereich der Politik habe den Text ver-

urteilt, ohne ihn gelesen zu haben, wofür die Kritik an den Aussagen zum Kirchenasyl ein typisches Beispiel sei. Lehmann betonte dazu: Obgleich mit aller Deutlichkeit erklärt wird, daß es auch für die Kirche keinen rechtsfreien Raum gibt und die Polizei Zutritt hat zu allen kirchlichen Räumen, werde den Kirchen immer wieder eine bestimmte Karikatur von „Kirchenasyl“ unterstellt. In der Erklärung selbst heißt es unmißverständlich: „Nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel durch die Betroffenen sehen manche in der Gewährung eines solchen ‚Kirchenasyls‘ häufig die letzte Möglichkeit, um im Einzelfall Menschen-